American Newspaper which stands for American ideals and principles published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 264), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

6. Jahrgang. Omaha, Nebr., Donnerstag, den 22. April 1920 4 Seiten—No. 34

Nebraska State Historical Society

Deutschlands Budget geht in die Milliarden

Minister des Aeußeren Koester dringt auf Befolgung der Friedens-Bedingungen; Hindenburg als Präsidentschaftskandidat unmöglich

Präs. Ebert möchte nicht als Kandidat auftreten

Berlin, 22. April.—Schatzamtsminister Dr. Wirt hat gestern dem Reichstag das Budget für das Fiskaljahr 1920 unterbreitet; demselben zufolge benötigen die Reichsausgaben die Summe von 50,000,000,000 Mark; hierzu kommt noch das Postamt- und Bahn-Defizit in der Höhe von 12,000,000,000. Die regulären Einnahmen werden auf 25,000,000,000 Mark berechnet, die Ausgaben auf 27,950,000,000; somit verbleibt ein Defizit von 21,950,000,000 Mark. Dr. Wirt schlägt die Konsolidierung der schwebenden Schuld Deutschlands vor, wodurch er Kredit im Ausland zu erlangen hofft.

Bedingungen müssen erfüllt werden.

Berlin, 22. April.—Der neue Minister des Aeußeren Adolf Koester erklärte einem Vertreter des Vorwärts gegenüber, daß Deutschland den Bestimmungen des Friedensvertrags strikt nachkommen müsse, denn nur dann wäre es möglich, eine Revision des Vertrags zu erlangen.

Hindenburg als Präsident unmöglich

Berlin, 22. April.—Das von Kapp und Lüttwitz inszenierte Abenteuer hat die Bewegung, welche Hindenburg in den Präsidentenstuhl bringen sollte, vollständig gelähmt. Vor dem Putsch schien seine Wahl eine ausgemachte Sache zu sein, da kein nennenswerter Gegenkandidat im Felde war.

Die Regierungs-Sozialisten haben die Präsidentenfrage noch nicht einmal ernstlich besprochen. Viele meinen, es werde sich als notwendig erweisen, Friedrich Ebert zu ersuchen, ihr Bannerträger zu werden, zumal er sich trotz der Kritik immer noch allgemeinen Ansehens erfreut.

Ebert hat indessen bis jetzt glatt abgelehnt. Er will seinen Posten nur allzugern an einen andern abtreten, und auch seine Gattin soll es satt haben, die Rolle der ersten Frau des Landes noch weiter zu spielen. Wie Eberts Freunde erklären, ist er überzeugt, daß er dem Land gegenüber seine Pflicht getan habe, und daß es an der Zeit sei, daß andere Hände das Steuer der deutschen Republik ergreifen um das Staatsschiff über die Wogen und Klippen zu lenken. Hier und dort wird der Name Scheidemann genannt, während die Demokraten von dem früheren deutschen Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, gesprochen haben, der indessen kaum gewillt sein dürfte, sich der Aufgabe zu unterziehen. Die Kommunisten werden wahrscheinlich überhaupt keinen Kandidaten ins Feld stellen, und die Unabhängigen Sozialisten mögen ihrem Beispiel folgen. Die beiden nationalistischen Parteien und die Zentrumsleute sind sich über die Kandidatenfrage noch ebenso unklar wie die Sozialisten.

Das kommt davon.

Frankfurt, 22. April.—Am Samstag versicherten sich in Heddenheim bei Frankfurt eine Anzahl Männer eines deutschen Mädchens, das sich mit den französischen Okkupationstruppen eingelassen hatte. Ihr wurden die Haare abgeschnitten, die Kleider ausgezogen und sie erhielt dann eine Tracht Prügel. Aehnliche Vorfälle hatten sich in der ersten Zeit der Okkupation von Mainz durch französische Truppen ereignet, hatten jedoch aufgehört, nachdem der französische Kommandant in Mainz schwere Strafen in solchen Fällen verhängt hatte.

Berliner Kellner streiken.

Berlin, 22. April. — Hier gingen 40,000 Kellner an den Streik. Das Hotel Adlon und einige andere Hotels und Restaurants gestanden die die Forderungen der Streiker zu und sind noch offen. Die Mehrzahl der öffentlichen Speiseplätze ist geschlossen.

Zustände in Wien spotten Beschreibung

Wien, 22. April. — Mehl als 100,000 Wiener Schulkinder, die durch Unterernährung so geschwächt sind, daß sie jeder Krankheit leicht zur Beute fallen, stellen sich als Hauptproblem den Anstrengungen entgegen, die gemacht werden, um die Epidemien, welche gegenwärtig die österreichische Hauptstadt und ihre Umgebung bedrohen, zu unterdrücken. Von 187,000 Kindern im Alter von sechs bis vierzehn Jahren, welche von dem Amerikanischen Roten Kreuz untersucht wurden, wurden nur 7,000 als genügend ernährt befunden.

Große Freude herrschte in Wien bei dem kürzlichen Eintreffen von dreiunzig Wagenladungen Lebensmittel, Medikamente und Kleidungsstücke, eine der umfangreichsten Sendungen, die je von dem Roten Kreuz zusammengestellt worden waren. Während die hohe Sterblichkeit die bedrohlichste Erscheinung ist, gestaltet unter den unterernährten Kindern sich auch die Lage der erwachsenen Bevölkerung nicht weniger ernst. Ernstliche Not ist nicht nur unter den 600,000 Personen der ärmeren Klasse vorhanden, sondern auch in den Reihen der Mittelklasse, deren Zahl auf 200,000 geschätzt wird. Ueber 25,000 Personen werden in Krankenhäusern gepflegt.

Dem oberflächlichen Beobachter, der das Ladenviertel Wiens durchkreist, erscheint die österreichische Hauptstadt noch immer als eine Stadt des Ueberflusses und des Luxus. An der Kärntnerstraße, Wiens Fünfte Avenue, sind die Ladenfenster noch immer voll von eleganten und kostspieligen Tand und Glitter, Hoftoileten, juwelenbesetzten Gebrauchsgegenständen und dergleichen. Sie gehören zu den Herrlichkeiten der Vergangenheit als die Hauptstadt Oesterreichs noch eine der glänzendsten Städte Europas war. Heute fristen alle diese glänzenden Dinge ihr Leben in den Schaufenstern nur aus dem Grunde weil sie in einer Welt bitterer Not, wertlos geworden sind. Jede Hofuniform mit Goldstickerei würde für einen warmen Anzug gern ausgewechselt werden. Seidene Halbschuhe mit Perlenstickerei können leicht gekauft werden, aber warme Socken und Lederschuhe sind selbst zum höchsten Preise nicht erhältlich. Gegenstände des täglichen Gebrauchs sind in Wien kaum zu haben außer aus den Vorräten des Amerikanischen Roten Kreuzes.

Bildungsprobe soll widerrufen werden

New York, 22. April. — Der Widerruf der Bildungsprobe für die Emigranten wird dem Hauskomitee für Einwanderung am Donnerstag von einem Komitee vorgetragen werden, welches die hier kürzlich abgehaltene nationale Einwanderungskonferenz vertritt. Die Delegation wird ferner die Errichtung einer Bundes-Assimilationsbehörde beantragen, die mit den vorhandenen Organisationen gemeinsam an der Amerikanisierung der Ausländer arbeiten soll.

Ex-Kronprinz kauft Predigerwohnung

Amsterdam, 22. April.—Seitens der holländischen Regierung sind Unterhandlungen im Gange, das Predigerhaus auf der Insel Wieringen, in welchem der ehemalige deutsche Kronprinz seine Wohnung aufgeschlagen hat, für diesen zu kaufen. Das Haus soll dem Ex-Kronprinzen als dauernde Wohnung dienen.

Bolschewiki von Japanern geschlagen.

Tokio, 22. April. — Das Kriegsamt verkündet die vernichtende Niederlage von 1,500 bolschewistischer Truppen durch die Japaner bei Chitnofski, unweit Chita in Ost-Sibirien.

Japaner melden Sieg über die Russen

Zurückgekehrte Yanks glauben, daß Rußland sich gegen Japan erheben wird.

Tokio, 17. April. —(Verzögert.) —Das Kriegsamt meldet, daß japanische Truppen 1,500 Bolschewisten bei Tchita ein siegreiches Gefecht lieferten und große Kriegsbeute machten. (Tchita ist die Hauptstadt der Trans-Baikals in Ost-Sibirien und ein Knotenpunkt der Transsibirischen Bahn. Die Stadt liegt 1,430 Meilen von Wladivostok entfernt.)

Harbin, Mandschurei, 18. April. —(Verzögert.) — Japanische Behörden in der Mandschurei haben verlangt, daß sich die dortigen tschechoslovakischen Truppen auflösen und entwaffnet werden, weil sie sich in einem Kampf gegen die Japaner beteiligt hatten.

Alliierte in Sibirien machtlos.

San Francisco, Cal., 22. April. —Eine Anzahl amerikanischer Soldaten sind auf dem Transport-Dampfer „Thomas" aus Wladivostok gestern hier eingetroffen. Nach deren Ansicht haben die Amerikaner und Alliierten dort nichts erreicht. Der Dampfer „Thomas" brachte 600 amerikanische Veteranen und 58 Rote Kreuz-Mitglieder hierher; die meisten dieser Soldaten aber hatten Dienst auf den Philippinen gethan; und wenige kamen aus Sibirien. Einer der Letzteren sagte: „Japan wird sich früher oder später einem vereinten Rußland gegenübergestellt sehen, falls sie sich nicht aus Sibirien zurückziehen. Wenn man uns in dem Glauben hinübergeschickt hat dort etwas auszurichten, dann hat man sich geirrt; nichts haben wir dort vollbracht. Die dortige Lage der Dinge ist heute verworrener wie zur Zeit als wir dort eintrafen. Weitere kriegerische Maßnahmen der Japaner werden dazu führen, daß ein Uebereinkommen zwischen den Bolschewisten und anderen russischen Faktionen erzielt wird."

Deutschland und der Vatikan

Rom, 22. April.—Die deutsche Regierung hat alle Vorkehrungen getroffen, diplomatische Beziehungen mit dem Vatikan wieder herzustellen. Herr v. Bergen wird demnächst nach dem Vatikan als Vertreter Deutschland's abreisen. Ein Nuntius wird sobald wie möglich für Deutschland bestimmt werden.

Massachusetts will Bier u. Wein erlauben

Boston, Mass., 22. April.—Eine Vorlage, in diesem Staate den Verkauf von Bier und leichten Weinen mit einem Alkohol-Gehalt von nicht über 2.75 Prozent für gesetzlich zu erklären, wurde im Staats-Senat mit 21 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Maßnahme ist dem Hause noch nicht vorgelegt worden.

Prohibitions-Agenten vom Richter gewarnt

Marquette, Mich., 22. April. — Während der Verhandlungen gegen die Gebrüder Scalcucci in Verbindung mit der Whiskey-Revolte in Iron County, hat Bundesrichter Sessions entschieden, daß irgend eine Haussuchung oder Beschlagnahme seitens der Prohibitionsagenten, die unter dem verfassungsmäßigen Recht als unbefugtes Betreten fremden Eigentums angesehen werden kann, ungesetzlich ist. Der Richter sprach es als seine Ueberzeugung aus, daß die Prohibitionsakte es mit Zuständen zu tun hat, die von den Vor-Prohibitionszuständen ganz verschieden sind, und daß alle Bestimmungen der Steuergesetze, die sich nicht mit der Prohibitionsakte vertragen, abgetan werden müßten. Der Gerichtshof hat ferner entschieden, daß eine Anklage wegen Einrichtung einer Destille, so lange dieselbe nicht gebraucht wird, ungültig ist.

Belgier stecken sich hinter Hoover.

Brüssel, 22. April. — Die belgische Regierung hat beschlossen, eine spezielle Finanzkommission nach den Vereinigten Staaten zu senden, um die Vermittlung Herbert Hoovers für Bewilligung einen neuen Anleihe zu erlangen.

Frauenstimmrecht im Obergericht

Entscheidung über Referendum in Ohio bedingt Annahme des Amendements.

Washington, 22. April.—Ob das Frauenstimmrechts - Amendement rechtzeitig ratifiziert wird, um den Frauen Gelegenheit zu geben, sich des vollen Stimmrechts in den Herbstwahlen zu bedienen, hängt von der Entscheidung des Obergerichts in der Referendumssache des Staats Ohio ab. Der Gerichtshof wird den Fall heute oder morgen vornehmen, und seine Entscheidung wird in der ersten Hälfte des Juni erwartet.

Das Obergericht des Staates Ohio hat entschieden, daß die Ratifikation des Staates nicht gültig sei, ohne das nachfolgende Referendum des Volkes. Gegen diese Entscheidung ist an das Oberbundesgericht appelliert worden. Ratifikation durch einen weiteren Staat würde den Suffragetten gerade die nötige Anzahl von 36 Staaten geben, die zur Ratifikation des Amendements notwendig ist. Sollte das Oberbundesgericht im Sinne des Staatsgerichts entscheiden, würde die Ratifikation Ohios nicht vor der nächsten allgemeinen Wahl erfolgen können. In diesem Falle haben 7,000,000 Frauen volles und 6,000,000 Frauen beschränktes Wahlrecht unter Staatsgesetzen. Sollte das Bundesgericht die Entscheidung des Staatsgerichts umstoßen, so würden 20,000,000 Frauen volles Wahlrecht in den Herbstwahlen genießen.

Winzer sind gegen Wirtschaften

New York, 22. April.—Die hier tagende „American Wine Growers Association" nahm eine Resolution an, in der sie Stellung gegen Wiedereinführung der Schankwirtschaften nimmt, aber an die Staatslegislaturen und den Kongreß appelliert, die Herstellung und den Verkauf von leichten Getränken wieder zu erlauben. In der Resolution wird die Rückkehr der Vernunft in die gesetzgebenden Körperschaften und das wachsende Bedürfnis einer Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten unserer Bürger begrüßt. Es heißt darin weiter, das Haupthindernis für die Erlaubnis leichter Getränke sei die Furcht, daß die Schankwirtschaft wieder als Vermittler des Verkaufs derselben eingeführt werden könnte. Während der amerikanische Winzerverband jede Solidarität mit den Schankwirtschaften, die ganz unberechtigter Weise auch den Wein in Mißkredit gebracht hätten, ablehnt, wünscht er, daß der Verschank leichter Getränke wie Wein, Bier, Cider und Fruchtwein in Hotels, Klubs, Restaurants und Cafes gesetzlich erlaubt werden sollte. Die große Mehrheit des Volkes begünstige die Wiedereinführung dieser Getränke, nur einige bezahlte Agitatoren und Fanatiker seien mit der vollständigen Prohibition einverstanden. Es handle sich jetzt nicht mehr um widerstreitende Gewerbeinteressen, sondern um amerikanische Rechte. Die Volsteadsche Anwendungsakte solle dahin geändert werden, daß die Herstellung und der Verkauf leichter Getränke gesetzlich geregelt und erlaubt werde. Den Schankwirtschaften wird der Vorwurf gemacht, daß die Uebelstände, die früher in ihnen herrschten, größtenteils für die Einführung der Prohibition verantwortlich seien.

Balfour vertritt Völkerliga in S. Remo

San Remo, 22. April.—Arthur J. Balfour, das britische Mitglied des Vollzugs-Ausschusses der Völkerliga, der bei den Sitzungen derselben als Vorsitzender fungiert hat, ist gestern in San Remo eingetroffen, um in den Verhandlungen des Ministerrats über das Mandat für Armenien die Liga zu vertreten. Die Liga ist bereits aufgefordert worden, das Mandat zu übernehmen und hat, dem Vernehmen nach, dasselbe zurückgewiesen.

Transport-Dampfer unter Quarantäne

New York, 22. April. — Der Armeetransportdampfer Pocahontas, der hier mit 1,626 polnischen Soldaten von Danzig eingetroffen ist, wurde unter Quarantäne gelegt, weil Typhus an Bord herrscht.

Gesetzgeber planen lange Orient-Reise

Deckung der Kosten erfolgt aus dem öffentlichen Säckel; Kriegsamt liefert die Schiffe.

Washington, 22. April. — Mitglieder beider Häuser des Kongresses, 162 an der Zahl, haben vorläufig eine Orientreise von 60 Tagen für sich und ihre Familienmitglieder in Aussicht genommen. Dazu sollen ein oder zwei Armeetransportdampfer benutzt werden. Die Reisegesellschaft wird über 500 Teilnehmer zählen.

Die Reise wird Hawai, die Philippinen, Japan, China, Korea und vielleicht Wladiwostok einschließen. Die Kosten für die Regierung werden sich auf Hunderttausende belaufen und es ist nicht einzusehen, wie die Reise mit dem Sparsamkeitsprogramm des Kongresses in Einvernehmen zu setzen ist. Die einzigen Ausgaben für die Teilnehmer der Reise werden sich auf $75 per Kopf für den Unterhalt belaufen. Es steht zu erwarten, daß die Beamten der verschiedenen anzulaufenden Häfen von ihren Regierungen angewiesen werden, die Staatsmänner glänzend zu bewirten, so daß die tatsächlichen Reisekosten eines jeden Gesetzgebers so niedrig wie möglich sein werden. Das Kriegsamt wird seine Dankbarkeit für die während des Krieges erfahrene Unterstützung des Kongresses dadurch beweisen, daß es die nötigen Fahrzeuge zur Verfügung stellen wird, sobald eine genügender Grund für die Reise nachgewiesen wird. Ein solcher wird sich leicht finden lassen. Die tiefe Einsicht in die Fragen des Orients welche die Gesetzgeber heimbringen werden, sollte Grund genug sein. Abgeordneter Randall, der Prohibitionist von California, ist der Vater des Gedankens. Gegen 85 Demokraten und 65 Republikaner haben die ihnen gewordene Einladung angenommen. Die Botschaft, daß der Präsident beabsichtigt, den ganzen Sommer über den Kongreß in Sitzung zu halten, kann die Teilnehmerschaft möglicher Weise beschränken, wird aber den Reiseplan nicht umstoßen.

China's Finanzierung fehlgeschlagen

Tokio, 15. April. (Verzögert.) — Der Auswärtige Minister Uchida erklärte heute in einer Kabinettssitzung daß man jetzt an dem Erfolge der Finanz-Mission Thomas W. Lamont's verzweifele, da sich ernstliche Opposition gegen das internationale Finanzkonsortium geltend macht, an dessen Spitze amerikanische Bankiers stehen.

Der Minister fügte hinzu, daß Lamont's Unterhandlungen in China nur sehr langsame Fortschritte machen.

Die Mission, an deren Spitze Lamont, ein New Yorker Bankier, steht, begab sich kürzlich nach China, um die dortigen finanziellen, kommerziellen und politischen Verhältnisse zu studieren.

Lamont ist das Haupt des internationalen Konsortiums von Bankiers, das im Mai 1919 in Paris in der Absicht gegründet wurde, der chinesischen Regierung finanziell zu helfen.

Kürzliche Meldungen aus dem Orient besagten, daß Japan seine Einwände gegen die Tätigkeit des Konsortiums zurückgezogen hätte und daß die Angelegenheiten gute Fortschritte machten. Die Lamont'sche Mission wird im Juni nach Amerika zurückkehren.

Soldatenprämien am 3. Mai verhandelt

Washington, 22. April. — Nach einer Konferenz der republikanischen Führer wurde bekannt gemacht, daß die Gesetzgebung zu gunsten entlassener Soldaten am 3. Mai in Angriff genommen werden soll und zwar unter Suspendierung der Regeln, mit einer Beschränkung der Rededauer auf 40 Minuten und ohne die Erlaubnis, weder Zusätze, noch Ersatzmaßregeln vorzuschlagen. Man erwartet, daß von dem Komitee für Mittel und Wege dem Hause in der nächsten Woche eine Vorlage eingereicht wird allen Soldaten eine Vergütung von $1.25 für jeden Tag im Dienste, mit Ausnahme der ersten beiden Monate, gewährt. Alle abwesenden Republikaner sind telegraphisch aufgefordert worden, bis zum 3. Mai nach Washington zurückzukehren.

Bryan und Thompson siegen bei Primärwahl

Die „trockenen" Distrikts-Delegaten Nebraska's offenbar in der Majorität; Bryan soll Mitglied des Resolutions-Komitees werden

Offizielle Stimmenzählung beginnt am Freitag

Unoffizielle Berichte von über Zweidrittel der abgegebenen Stimmen bei den am Dienstag stattgefundenen Primärwahlen ergeben, daß Wm. Bryan zum Delegaten at-large erwählt und Arthur Mullen als Nationalkomiteemann geschlagen ist. Die Majorität Hiram Johnsons beträgt ungefähr 20,000 Stimmen.

McKelvie ist auf dem republikanischen und Morehead auf dem demokratischen Ticket Gouverneurskandidat.

R. B. Howell ist mit knapper Majorität zum republikanischen Komiteemann erwählt worden.

„Trockene in der Majorität.

Alles deutet darauf hin, daß die „Trockenen" in der Distrikts-Delegation zur demokratischen Nationalkonvention die Majorität besitzen; nur fünf Mitglieder bekämpfen Prohibition. Die Majorität der Nebraskaer Delegaten wird Bryan einen Platz in dem Resolutionskomitee des Staates anweisen. Er ist darauf förmlich versessen.

Die Nominationen im Staat.

Präsident—Hiram Johnson, Republikaner; G. M. Hitchcock, Demokrat.

Gouverneur — S. R. McKelvie, Rep.; John H. Morehead, Dem.

Nat. Komiteemann—R. B. Howell, Rep.; W. H. Thompson. Dem.

Delegaten at-large—John W. Toole, C. E. Sandall, Don L. Love, L. D. Richards, Rep.; Dan V. Stephens, W. J. Bryan, Keith Neville, A. C. Shollenberger, Dem.

Vize-Gouverneur—P. A. Barrows, Rep.; C. G. Barnes, Dem.

Staats-Sekretär—D. M. Amsberry, Rep.; wahrscheinlich L. A. Larson, Dem.

Auditor—Geo. W. Marsh, Rep.; J. W. McKilsick, Dem.

General-Anwalt—Clarence A. Davis, Rep.; R. S. Hunter, Dem.

Eisenbahn-Kommissär (langer Termin) Thorne A. Browne, Rep.; Roy M. Harrop, Dem.;

Eisenbahn-Kommissär (kurzer Termin). In Zweifel, Rep.; Harold A. Kent, Dem.

Schatzmeister—D. B. Cropsey, Rep.; J. S. Canaday, Dem.

Land-Kommissär — Dan Swanson, Rep.; Fred Heller, Dem.

Kongreß — Erster Distrikt, C. F. Reavis, Rep.; Frank A. Peterson, Dem.

Zweiter Distrikt: A. W. Jefferis, Rep.; J. P. O'Hara, Dem.

Dritter Distrikt: R. E. Evans, Rep.

Vierter Distrikt: M. O. McLaughlin, Rep.; Albert P. Sprague, Dem.

Fünfter Distrikt: W. E. Andrews, Rep.; Harry S. Dungan, Dem.

Sechster Distrikt: M. P. Kinkaid, Rep.; C. Grimes, Dem.

Douglas County.

Distriktgerichts - Clerk — Robert Smith, Rep.; Peter E. Elsasser, Dem.

Oeffentlicher Verteidiger—John N. Baldwin, Rep.; W. P. Lynch, Dem.

County-Assessor — S. G. Counsman, Rep.; Wm. F. Weber, Dem.

County-Kommissär, 3. Distrikt — J. F. Stroud, Rep.; A. D. Compton, Dem.

County-Kommissär, 5. Distrikt — Charles Unitt, Rep.; Ralph E. Roche, Dem.

Staats-Senator—C. L. Saunders, Louis Berks, John W. Cooper, John W. Robbins, John M. Macfarland od. J. E. Davis, Republikaner; J. W. Burns, John E. Reagan, J. H. Craddock, A. C. Smead, J. M Tanner, Demokraten.

Staats - Repräsentanten — Republikaner: Ed. A. Smith, H. A. Foster, Vincent Hascall, George Dyball, R. C. Druesedow, Irvin A. Medlar, Edw. W. Palmer, Millard M. Robertson, T. B. Dysart, John O. Yeiser Jr., Frank E. Stone, Wm. L. Randall. Demokraten: M. Courtney, S. H. Grace, Jerry Howard, Wm. Fleming, J. M. Gibb, Ed. C. McDermott, Frank A. Goodall, L. H. Miller, F. L. Behm, D. F. Dolan, W. E. McMahon, J. A. Bulls.

Wasserwerksbehörde—F. R. Shotwell, Rep.; J. D. Dahlman, Dem.

Bibliothekbonds—Dafür 14,920; dagegen 11,448.

Parteiloses Ticket.

Obergerichtspräsident, A. F. Morrissey.

Oberichter—G. A. Day.

Richter im 4. Gerichtsdistrikt: C. Leslie, A. C. Wakeley, Lee Estelle, A. C. Troup, W. A. Redick, W G Sears, L. B. Day.

Munizipalrichter.

George Holmes, C. W. Britt, E. A. Baldwin.

Mit der offiziellen Stimmenzählung wird Freitag begonnen werden und es ist möglich, daß in den Nominationen für die Legislatur eine Aenderung erfolgt. Die am 11. Mai stattfindenden County-Konventionen werden mit je 450 Delegaten beschickt werden. Diese wurden in ihren eigenen Wahlprezinkten erwählt.

Gegen dritten Termin.

Washington, 22. April. — Der Abgeordnete Humphreys, Demokrat, Mississippi, hat im Hause eine Resolution eingereicht, welche einen Verfassungszusatz beantragt, durch welchen die Amtszeit eines Präsidenten auf zwei Termine beschränkt und ein dritter Termin für unzulässig erklärt wird.

„Früher nahmen wir unsere Gäste in den Parlor", schreibt Life, „jetzt führen wir sie in den Keller."

Schleppender Verlauf der Konferenz der Premiers

San Remo, 22. April.—Gestern abend kam der dritte Tag der Konferenz der Ministerpräsidenten dahier zum Abschluß, ohne daß etwas Besonderes erzielt worden ist. Bisher hat man sich nur mit türkischen Fragen befaßt. In dem offiziellen Bericht heißt es: „Heute nachmittag nahm die Konferenz die Besprechung der Klauseln des Friedensvertrages mit der Türkei wieder auf. Marine- und militärische Sachverständige wurden über technische Punkte zurate gezogen; später wurden Gebietsfragen erörtert."

Die italienische Regierung hatte erwartet, daß die adriatische Frage in dieser Konferenz beigelegt werden würde; dieses aber dürfte kaum der Fall sein, und die Angelegenheit wird in der nächsten Mai in Paris stattfindenden Beratung erledigt werden.

Paris, 22. April.—Wie der Agentur Havas aus San Remo gemeldet wird, hat der Oberste Rat endgiltig die Internationalisierung der Dardanellen beschlossen. In Konstantinopel werden dauernd Truppenkontingente der Alliierten stationiert sein, um künftighin die Herrscher der Türkei zu überwachen und zu verhüten, daß sie ihre Untertanen wieder auf Abwege lenken und dadurch ihre Nachbarn und die Alliierten gefährden.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Unbestimmt und kälter heute abend. Freitag schön, mit steigender Temperatur.

Für Nebraska—Allgemein schön heute abend und Freitag, gefolgt von unbestimmtem Wetter im östlichen Teile. Frost oder Gefriertemperatur heute abend. Kälter im östlichen Teile. Steigende Temperatur am Freitag.

Für Iowa—Unbestimmt und kälter heute abend, wahrscheinlich Regen im nördlichen Teile. Freitag schön, kälter im äußersten östlichen Teile.